




Liebe Mitglieder,

das ist wichtig im Rundschreiben Nr. 2 vom 25. Juli 2022

- Der Freie Wähler Tag 2022 in Karlsdorf-Neuthard
 - Festredner Prof. Dr. Frank Brettschneider fand viel Gehör mit seinem Impulsvortrag „Politik für die Menschen – Politik mit den Menschen“.
 - Zieleinlauf für den Strategieprozess und Beschlussfassung am Freie Wähler Tag 2022: Unsere Leitplanken für die kommenden Jahre.
 - Zwei Satzungsänderungen wurden beim Freie Wähler Tag beschlossen.
- Mobilitätspass – Stellungnahme des Landesvorsitzenden BM Wolfgang Faißt
- Umsatzsteuer § 2 b – Stellungnahme des Landesvorsitzenden BM Wolfgang Faißt
- Dorfladen – Gründung einer Genossenschaft: Online Vortrag der AG Frauen
- Die neue AG Kreistagsfraktionen traf sich zu ihrer ersten Sitzung.
- AG Große Städte: „Verwendung von Social Media in der Politik - Eine Übersicht“
- „Tourismus im Ländlichen Raum“, damit beschäftigt sich die AG NEXT am 15.10.2022 in Blaubeuren

Wir wünschen Ihnen viel Freude mit dem Rundschreiben Nr. 02/2022 und eine erholsame Sommerpause.


Wolfgang Faißt
Landesvorsitzender


Dr. Annette Silberhorn-Hemminger
Landesgeschäftsführerin


Bernhard Schweizer
Landesgeschäftsführer

Freie Wähler Tag 2022 in
14. Mai 2022 in Karlsdorf-Neuthard

KOMMUNALPOLITIK – erfolgreich gestalten

Einen spannenden Freie Wähler Tag 2022 erlebten die Mitglieder und Gäste des **Freie Wähler Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. am Samstag, 14.05.2022, in Karlsdorf-Neuthard.**

Landesvorsitzender Wolfgang Faißt begrüßte 120 Delegierte und Gäste des Freie Wähler Landesverbandes zum Thema „Kommunalpolitik – erfolgreich gestalten“.

Der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger, der Vizepräsident des Städtetags Baden-Württembergs, OB Michael Makurath, der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages, Prof. Dr. Alexis von Komorowski, der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Uli Hockenberger, der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Christian Jung, sowie der Landrat des Landkreises Karlsruhe Dr. Christoph Schnaudigel zählten neben Bürgermeister Sven Weigt (Karlsdorf-Neuthard) und Kreistagsvertretern zu den Gästen des Freie Wähler Tages.

Wie kann eine erfolgreiche Kommunalpolitik gelingen? Und wie müssen sich die kommunalen Freien Wähler Baden-Württembergs hierfür positionieren, weiterhin als parteiunabhängige Vereine oder mehr als Partei?

Diese zwei Schwerpunkte standen am Freie-Wähler-Tag 2022 im Vordergrund.

Den Auftakt gestaltete Prof. Dr. Frank Brettschneider, Kommunikations- und Politikwissenschaftler, Universität Hohenheim, mit seinem Impulsvortrag.

„Politik für die Menschen
- Politik mit den Menschen“

In seinem Vortrag benannte Prof. Brettschneider zunächst die Argumente, die aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gegen die Politik sprechen und die sich dann in Politikverdrossenheit, Desinteresse und Proteste widerspiegeln.



Als Gründe für eine Protesthaltung sieht er die Themen Umwelt und Natur, Risiken und Größe von Projekten, Kosten, unklarer Nutzen, sowie Ungerechtigkeit. Auch verborgene Gründe wie z.B. Konflikte zwischen zwei Ortsteilen, Vertrauensverlust durch Wahlen, Kommunikation von oben herab, mangelnde Transparenz und zu wenig Diskussion von Alternativen führen zu einer Protesthaltung.

Welche Lösungsmöglichkeiten für den Entscheidungsprozess bietet unser demokratisches System? Prof. Brettschneider beschreibt zunächst 3 Säulen demokratischer Organisationsformen:

1. **Repräsentative Demokratie:** Ebene Kommunalpolitik Gemeinderäte, Kreisräte
2. **Direkte Demokratie:** Volksbegehren, Volksentscheid, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide
3. **Dialogische Demokratie:** Formate der Bürgerbeteiligung, Beratung, Entscheidungsvorbereitung

Zu den **Werkzeugen der Dialogischen Demokratie und Bürgerbeteiligung** gehören zum Beispiel Planungswerkstatt, Szenario-Workshops, World-Café-Methodik, Bürgerforen, Runder Tisch, Mediation oder Online-Beteiligung.

Er betont, dass diese Formate nur dann erfolgreich sein können, wenn eine sachliche Grundlage und eine größtmögliche Transparenz gegeben sind.

Deutlich hob er hervor, dass der passive Ansatz „**Politik für die Menschen**“ heute als Lösung vielfach nicht mehr ausreicht. Es braucht den aktiveren Ansatz „**Politik mit den Menschen**“. Dieser Ansatz muss im politischen Alltag stärker verankert werden.

Dabei zeigen Umfrageergebnisse, dass die Menschen weniger Formate der direkten Demokratie wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide einfordern. Die große Mehrheit befürwortet durchaus, dass die gewählten Repräsentanten die politischen Entscheidungen treffen. Jedoch wollen die Menschen in die Beratungen einbezogen werden und sie wollen ihre Empfehlungen und Überlegungen mit einfließen lassen können


Umfrageergebnisse zeigen dies deutlich:

- 68 % bevorzugt eine Kombination aus dialogischer und repräsentativer Demokratie.
- 5% rein repräsentativ, 10% rein direkt und 17% direkt und dialogisch.

Als **Voraussetzung für eine gute, dialogorientierte Beteiligung**, für die sich die Mehrheit ausspricht, sieht er die folgenden 6 Punkte:

1. Gestaltungsspielraum
2. Frühzeitige Einbeziehung
3. Einbeziehung von unterschiedlichen Interessen
4. Aufgeschlossene und wertschätzende Grundhaltung
5. Professionelle Prozessgestaltung, Fairness und Transparenz sowie klare Rahmenbedingungen
6. Klare verständliche Kommunikation; also nicht „Überwerfungsbauwerk“, sondern „Brücke“

Abschließend wies Prof. Brettschneider darauf hin: **„Beteiligung verhindert nicht, dass es zu Konflikten kommt. Aber sie erhöht die Chance auf eine tragfähige Lösung“.**

 Dankenswerterweise stellt Prof. Brettschneider seine Präsentation für den internen Gebrauch zur Verfügung. Sie finden Sie entweder in der Freien Wähler App (Mitgliederbereich/Download; Stichwort Beteiligung). Alternativ senden wir Ihnen auf Anfrage die Präsentation per Mail auch zu.
landesverband@freiewaehler.org

**Strategieprozess 2021/22:
Zieleinlauf und Beschlussfassung auf dem
Freie Wähler Tag**

Landesgeschäftsführerin Dr. Annette Silberhorn-Hemminger stellte zunächst die Ergebnisse des Strategieprozesse vor. Sie dankte den Mitgliedern des Freie Wähler Landesverbandes für die rege Teilnahme an dem Prozess. Insbesondere die Dialogphase mit der Mitgliederbasis war im Winterhalbjahr durch die Corona-Pandemie eine Herausforderung für die Freien Wähler vor Ort.



Als Ergebnis des landesweiten Strategieprozesses sprachen sich die Mitglieder des Freie Wähler Landesverbandes Baden-Württemberg dafür aus,

„Voneinander Lernen“ Best-practice Beispiele am Freie Wähler Tag

Voneinander lernen: Welche erfolgreichen Aktionen, Veranstaltungen, Presse- und social media Aktivitäten können Sie uns aus Ihrem kommunalpolitischen Alltag empfehlen?



Vielen Dank an die Freien Wähler aus Karlsdorf-Neuthard, Bühl, Ulm und Esslingen, die ihre Ideen und Aktionen vorgestellt haben und vor Ort Rede und Antwort standen.

Im kommenden Jahr wollen wir „Voneinander Lernen“ wieder am Freie Wähler Tag präsentieren. Dann gerne auch mit Ihren Ideen und Aktionen.



Die Plakate und Präsentationen stehen Ihnen im internen Bereich der Freien Wähler App (Mitgliederbereich/Download; Stichwort Wahlkampf, Social Media) zum Download bereit.

Dank schön an die Freien Wähler aus Karlsdorf-Neuthard

Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt und Landesgeschäftsführerin Dr. Annette Silberhorn-Hemming bedankten sich beim Team der Freien Wähler Karlsdorf-Neuthard für die hervorragende Organisation und die herzliche Gastfreundschaft beim Freie Wähler Tag 2022.



Landesvorsitzender Wolfgang Faißt und Landesgeschäftsführerin Dr. Annette Silberhorn-Hemming bedanken sich bei Frau Monika Herlan, 1. Vorsitzende Freie Wähler Karlsdorf-Neuthard, und ihrem Team.

Satzungsänderung Jahreshauptversammlung

Die Satzung des Landesverbandes wurde auf der Jahreshauptversammlung am 14. Mai 2022 in folgenden zwei Punkten geändert.

1. Berufung weiterer Mitglieder in das Präsidium (§ 13 Präsidium)

Der Landesvorstand kann für die für die Dauer der Wahlperiode weitere Mitglieder in den erweiterten Vorstand und/oder das Präsidium berufen. Diese berufenen Mitglieder haben im erweiterten Vorstand und im Präsidium kein Stimmrecht.

Durch diese Regelungen ist es zukünftig möglich, Mitglieder, die sich auf der Landesebene engagieren, jedoch nicht Mitglied im Landesvorstand bzw. im Präsidium sind, aktiver in die Entscheidungsebenen einzubeziehen.

2. Mitgliedschaft im Landesvorstand und in einer Partei nicht möglich (§ 11 Landesvorstand)

Mitglieder des Landesvorstandes können nur sein, wenn sie Mitglieder eines Mitglied des Landesverbandes sind, gleichzeitig nicht Mitglied, Funktionär, Kandidat oder Abgeordneter einer

Partei sind. Dies gilt für die Wahldauer des Landesvorstandes (3 Jahre). Sollte ein Mitglied des Landesvorstandes als Mitglied, Funktionär, Kandidat oder Abgeordneter einer Partei auftreten, scheidet er aus dem Landesvorstand aus.

Diese Regelung galt bisher bereits für die Mitglieder des Präsidiums. Die Satzungsänderung regelt den Sachverhalt zukünftig nun auch eindeutig für die Mitglieder des Landesvorstands.

Stellungnahme des Landesvorsitzenden BM Wolfgang Faißt zum Mobilitätspass des Landes Baden-Württemberg

Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg will die Verkehrswende vorantreiben und im Sinne des Klimaschutzes bis 2030 folgende Ziele erreichen:

- Verdoppelung des öffentlichen Verkehrs,
- Ein Drittel weniger KFZ-Verkehr in den Städten
- Jedes dritte Auto fährt klimaneutrale
- Jede dritte Tonne im Lastverkehr wird klimaneutral transportiert.
- Jeder zweite Weg selbstaktiv zu Fuß oder mit dem Fahrrad



Um diese Ziele im Sinne einer Mobilitätsgarantie im ganzen Land zu erreichen, sind erhebliche zusätzliche finanzielle Mittel sowohl im investiven Bereich als auch beim laufenden Betrieb des ÖPNV

erforderlich. Rad- und Fußwege müssen signifikant ausgebaut werden.

Deshalb bringt das Land den sogenannten Mobilitätspass ins Spiel, der auf kommunaler Ebene erhoben werden soll.

Hierzu eine Stellungnahme unseres Landesvorsitzenden BM Wolfgang Faißt.

Keine zusätzliche Steuer in Form einer Nahverkehrsabgabe

Es ist Fakt, dass der ÖPNV in Teilen des Landes, so z.B. in der Region Stuttgart, insbesondere in den Hauptberufszeiten bereits heute einen Viertelstundentakt (=Mobilitätsgarantie in den Ballungsräumen) hat und in diesen Zeiten voll ausgelastet ist. Eine Verdoppelung dieser öffentlichen Verkehre innerhalb weniger Jahre ist unrealistisch. Darüber hinaus kann es nicht sein, dass den Kommunen zur Finanzierung des ÖPNV die Möglichkeit geboten werden soll, von den KFZ-Haltern einen „Mobilitätspass“ in einer Größenordnung zwischen 30 und 50 Euro je KFZ und Monat zu erheben.

Wer bestellt soll auch bezahlen.

„Für die Freien Wähler des Landesverbands Baden-Württemberg steht es außer Zweifel, dass auch im Bereich des Verkehrs deutlich mehr Klimaneutralität erreicht und die CO₂-Bilanz verbessert werden muss,“ so der Landesvorsitzende Bürgermeister Wolfgang Faißt. Er fügt jedoch hinzu, dass auch hier das Konnexitätsprinzip gelten muss: „Wer bestellt, bezahlt!“

„Wenn das Land zur Erreichung der im Koalitionsvertrag der Landesregierung vereinbarten Klimaziele neue Standards vorgebe, ist es auch dessen Aufgabe diese zu finanzieren und nicht die Kommunen als Geldeintreiber heranzuziehen, ist der Landesvorsitzende der Freien Wähler Bürgermeister Wolfgang Faißt überzeugt.“ Er fügt hinzu, dass die Städte und Gemeinden längst mit großem Engagement dabei sind Klimaschutzprojekte umzusetzen und damit als Partner an der Seite von Bund und Land längst dabei sind, ihre Beiträge zu leisten.

Hinzu kommt ganz aktuell die Inflationsrate in Rekordhöhe in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens. „Eine zunehmende Zahl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben Probleme, finanziell über die Runden zu kommen, und dann kommt die Forderung nach einer zusätzlichen ÖPNV-Abgabe, die noch dazu von den Kommunen erhoben werden soll, zu einer absoluten Unzeit,“ so der Landesvorsitzende.

Bund und Land vereinnahmen die für eine Verkehrswende auf dem Weg zur Klimaneutralität erforderlichen finanziellen Mittel angesichts der immensen Kostensteigerungen im Energiesektor und in allen Bereichen des täglichen Lebens durch die damit verbundenen Steuermehreinnahmen bereits. Allerdings stehen diesen Steuereinnahmen auch im ÖPNV-Bereich zunehmend explodierende Kosten gegenüber, und angesichts dieser „Zeitenwende“ muss die Frage erlaubt sein, was künftig überhaupt noch finanzierbar ist.


„Wenn die Kosten des ÖPNV (Bahnstrom und Diesel) weiter so hoch bleiben, wie sie derzeit sind, entstehen allein im Busverkehr der Region Stuttgart Mehrkosten von ca. 20 Mio. Euro pro Jahr,“ konstatiert der Landesvorsitzende der Freien Wähler Landesverband Baden-Württemberg BM Wolfgang Faißt. Hinzu kommt das 365 Euro Jugendticket, das zum 1.3.2023 kommen wird und ebenfalls einer Finanzierung im mehrstelligen Millionenbereich bedarf.


Wo bleiben eFuels für den klimaneutralen Verkehr?

„Kurzum“, so BM Wolfgang Faißt, „angesichts der Zeitenwende muss auch im Bereich des ÖPNV alles auf den Prüfstand der Finanzierbarkeit, was noch nicht begonnen wurde!“ Schließlich lassen Bund und Land die erforderliche schnelle Entwicklung von eFuels vermissen. Diese auch aus Solarenergie produzierbaren Kraftstoffe können nahezu CO₂-neutral von Kraftfahrzeugen, Flugzeugen und Schiffen genutzt werden, ohne dass deren Verbrennungsmotoren teuer umgerüstet werden müssen. „So könnte auch die vorhandene Infrastruktur (z.B. Tankstellen) weiterhin genutzt werden, und auch rd. 45 Millionen Gebrauchtwagen, die heute auf den Straßen unseres Landes unterwegs sind, könnten nahezu

klimaneutral unterwegs sein,“ konstatiert der Landesvorsitzende der Freien Wähler Baden-Württemberg BM Wolfgang Faißt. Lediglich die Energieeffizienz bei der Erzeugung dieser eFuels muss noch verbessert werden, und das sollte bei ernsthaftem Willen und bei guten Investitionen in die Forschung machbar sein.

Weitere Informationen:

 **Land Baden-Württemberg:**
www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/mobilitaetspass-und-mobilitaetsgarantie-gehen-in-naechste-phase/

 **bildungswerk für kommunalpolitik baden-württemberg**

Bildungswerk für Kommunalpolitik plant eine Online Informationsveranstaltung zum Thema „Mobilitätspass“ im 2. Halbjahr 2022. Melden Sie sich heute schon für den Newsletter des Bildungswerkes an und Sie sind als Kommunalpolitikerin und Kommunalpolitiker immer über die neuesten Termine informiert.
www.bildungswerk-bw.de/kontakt/

Zum § 2 b Umsatzsteuergesetz: Keine zusätzliche Umsatzsteuerbelastung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger

Stellungnahme unseres Landesvorsitzenden BM Wolfgang Faißt:

Massive Probleme und Kostensteigerungen sind zu erwarten

Der Freie Wähler Landesverband Baden-Württemberg e.V. spricht sich schon seit längerem dagegen aus, dass kommunale Dienstleistungen durch den neuen § 2 b Umsatzsteuergesetz zusätzlich zu den zahlreichen neuen Anforderungen umsatzsteuerpflichtig werden.

Die Kommunen unseres Landes ächzen bereits heute unter den Anforderungen der kommunalen

Doppik, der weitgehenden Digitalisierung und der drastisch ansteigenden Probleme im Bereich der Ganztagesbetreuung in den Kindertagesstätten.

Ausgehend von einem geänderten EU-Recht tritt der § 2 b Umsatzsteuergesetz zum 1.1.2023 in Kraft, und bis dahin müssen die Städte und Gemeinden monatelang jede einzelne Dienstleistung, jeden einzelnen Vertrag auf Umsatzsteuerrelevanz prüfen. „Diese zusätzlichen Aufgaben können die Kommunen nicht mehr stemmen. Hinzu kommt, dass kommunale Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zur aktuellen Inflationsentwicklung teurer werden,“ so der Landesvorsitzende der Freien Wähler des Landesverbands Baden-Württemberg Bürgermeister Wolfgang Faißt. „Mit einer solchen Gesetzgebung wird das Ehrenamt in unserem Land mit Füßen getreten. Die Bürgerinnen und Bürger werden zusätzlich zur Kasse gebeten, und das völlig unnötig,“ stellt Bürgermeister Wolfgang Faißt fest.

Vielfältige steuerliche Auswirkungen auf Kindertagesstätten, Schulen, Bauhöfe, Hallen- und Freibäder sind zu erwarten!



Bürgermeister Wolfgang Faißt bezeichnet dies als puren Bürokratismus. Damit werden zusätzliche Steuereinnahmen in die Kassen von Bund und Land gespült, um in der Folge eine Rückverteilung der Gelder an die Kommunen zu diskutieren. Auslöser dieser Gesetzgebung ist eine geänderte EU-Mehrwertsteuerrichtlinie, die übergeordnete Grundsätze zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung verfolgt – ausgehend von einem Verfahren in Großbritannien, und genau

dieses Land ist zwischenzeitlich aus der EU ausgetreten.

Gemeinsam mit dem Gemeindetag Baden-Württemberg und dem Städtetag Baden-Württemberg fordern die Freien Wähler des Landesverbands Baden-Württemberg, dass sich unsere Landes- und Bundespolitik für eine Rückgängigmachung dieser EU-Mehrwertsteuerrichtlinie mit desaströsen Auswirkungen auf die kommunale Basis unseres Landes einsetzen. Gerade in den aktuellen herausfordernden Zeiten muss es gelingen, die vorhandenen Ressourcen der Städte und Gemeinden unseres Landes auf das Wesentliche zu konzentrieren. Der Gemeindetag Baden-Württemberg stellt fest, dass auch hier erkannt werden muss: „Die Zeitenwende ist jetzt!“ „Dem können die Freien Wähler des Landesverbandes Baden-Württemberg nur zustimmen,“ so der Landesvorsitzende Bürgermeister Wolfgang Faißt.

Gründung einer Genossenschaft für einen Dorfladen Online-Vortrag der AG Frauen

In vielen Orten schließt der letzte Lebensmittelladen. Damit wird nicht nur die Selbstversorgung vor Ort für die Menschen, die nicht so mobil sind, stark eingeschränkt. Es geht auch immer ein Stück Lebensqualität im Ort verloren, denn ein Dorfladen dient nicht nur dem Einkaufen. Oftmals ist er ein wichtiger sozialer Treffpunkt, der mehr für die Dorfgemeinschaft bietet, als nur ein Päckchen Mehl oder ein halbes Pfund Butter.



Doch wie kann es gelingen, einen Dorfladen vor Ort aufleben zu lassen? Genossenschaftlich betriebene Dorfläden können hierfür eine Lösung bieten.

Zu diesem aktuellen Thema lud die AG Frauen des am 5. Juli 2022 zu einem Online Vortrag ein. Als Referentin konnte **Dr. Annika Reifschneider**, Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V. gewonnen werden.

Im Rahmen des interessanten Vortrags und der lebhaften Diskussion wurden viele Themen angesprochen. Haftungsfragen ebenso wie die Frage, wie viele Gründungsmitglieder es für eine Genossenschaftsgründung braucht und wie hoch der Arbeitsaufwand für Vorstandsmitglieder ist. Auch die Frage nach Fördergeldern beschäftigte die Zuhörer. Frau Dr. Reifschneider stellte die verschiedenen Arten von Genossenschaften. Der Weg zur erfolgreichen Gründung wurde aufgezeigt und was es dabei zu beachten gilt.



Dankenswerterweise stellt Frau Dr. Reifschneider ihre Präsentation zur Verfügung.

Sie finden Sie entweder in der Freien Wähler App (Mitgliederbereich/Download; Stichwort Soziales, Ländlicher Raum). Alternativ senden wir Ihnen auf Anfrage die Präsentation per Mail auch zu.

landesverband@freiewaehler.org

AG Kreistagsfraktion gründet sich

Initiiert durch Johannes Arnold, Oberbürgermeister in Ettlingen und Kreisrat in LK Karlsruhe, trafen sich Freie Wähler Kreisräte aus Baden-Württemberg am 15. Juli 2022 zur ersten Sitzung der AG Kreistagsfraktionen.

Ansprechpartner: OB Johannes Arnold, Ettlingen (johannes.arnold@ettlingen.de)

„Verwendung von Social media in der Politik – Eine Übersicht“ Online-Vortrag der AG Große Städte

Die AG Große Städte traf sich online zur Sommersitzung zum Thema „Verwendung von Social Media in der Politik - Eine Übersicht“. Inputgeber war Jan Roth, selbständiger Berater und Content Creator für Social Media und Digitale Medien.

Einige Wichtige Punkte aus dem Vortrag und der Diskussion:

- Die wichtigsten und für uns relevanten Plattformen sind Facebook und Instagram.
- Tiktok wird vor allem von Jugendlichen genutzt. Dieser Personenkreis ist aktuell noch nicht wahlberechtigt, jedoch in wenigen Jahren.
- Youtube bietet sich als Videoportal an. Doch auch Instagram bietet sich für (Kurz-)Videos zunehmend an.
- Social Media Aktivitäten sind kein Sprint, sondern gleichen eher einem Marathon. Dabei gilt es, Menschen über einen langen Zeitraum zu binden (Kontinuität, Sichtbarkeit, interessante Inhalte, Verlinkung)
- Personen, die die traditionellen Informationsangebote in einem Wahlkampf nicht nutzen, können über diese Formate erreicht werden. Also nicht „entweder oder“, sondern „sowohl als auch“.
- Braucht es überhaupt noch eine Homepage? Ja, aber womöglich nicht mehr so ausführlich. Die Informationen, die im Profil eines Accounts (in Instagram und Facebook) angegeben werden und die Beiträge, ersetzen heute schon vielfach eine Homepage.
- Tipp: Auf der Homepage die Links zu Instagram und Facebook prominent ganz oben und nicht ganz unten platzieren.

Wir wurden ermutigt, einfach anzufangen, um diese weitgehend kostenlosen Medien für unsere Präsenz in unseren Städten ergänzend zu den klassischen Werbeaktivitäten und Pressearbeit zu nutzen.

Ansprechpartner: Wilfried Wallbrecht, 1. BM a.D.,
(willi.wallbrecht@gmx.de)

Nachklapp:

Zusammen mit dem Bildungswerk für Kommunalpolitik wollen wir Sie und Ihre Mitstreiter fit machen für Social media Aktivitäten: Wie bedient man Instagram und Facebook? Welche Arten der Beiträge gibt es? Wie erreicht man Reichweite? Storytelling – Wie wird aus dem nüchternen (politischen) Inhalt ein ansprechender Instagram und Facebook Beitrag?

Wenn Sie **weitere Ideen für Seminare** haben bzw. wenn Sie zukünftig **kein Seminar des Bildungswerkes verpassen** wollen, melden Sie sich für den **Newsletter des BfK** an:

www.bildungswerk-bw.de/kontakt/

Termine

**15.10.2022, AG NEXT:
„Tourismus im Ländlichen Raum“
in Blaubeuren**

Ansprechpartner: Jochen Zeltwanger,
info@architekt-zeltwanger.de
Anmeldung für den 15.10.2022 bei Leonie König,
leoniem.koenig@gmail.com

AG NEXT
FreieWähler
LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

**HEUTE MITREDEN UND
UNSERE ZUKUNFT MITGESTALTEN**

Mit der AG Next bieten wir jungen Freien Wählern zwischen 16 und 45 Jahren ein Netzwerk, gute Diskussionen und spannende Einblicke in die Themen von heute und morgen.

Nächste Aktion:

- Treffen zum Thema**
"Tourismus im Ländlichen Raum"
• 15. Oktober 2022, um 10:00 Uhr in Blaubeuren

Programm des Tages:

09:45 Uhr	Come together
10:00 Uhr	Vortrag und Besichtigung Weltkulturerbe von Georg Hiller
12:15 Uhr	gemeinsames Mittagessen (wir laden euch ein!!!!)
13:45 Uhr	Highlight: Besichtigung Höhle "Hoher Fels"
15:30 Uhr	Tourismus im Ländlichen Raum - Chancen Vortrag und gemeinsamer Austausch
17:00 Uhr	Ende

**Du willst dabei sein?
Dann melde dich bei:**
Leonie.koenig@gmail.com



bildungswerk für
kommunalpolitik
baden-württemberg

Krisenkommunikation – Umgang mit Journalisten – aktuelle News und warum „verhindern“ so leicht geht

21.10.2022 - 22.10.2022
Waldhotel Unterreichenbach

Kommunalpolitisches Seminar des Bildungswerks für Kommunalpolitik

Themen:

- Vom Umgang mit Journalisten; Kommunikationskompetenzen verbessern! „Eigenregie“ behalten!
Maria-Christina Nimmerfroh, Dozentin und Journalistin, Frankfurt
- Krisenkommunikation und Krisenprävention verbessern: Krankenhaus wird geschlossen; Schule verlagert, die Stadt muss kräftig sparen und die Gebühren erhöhen, ... Wie kann man jetzt noch gut kommunizieren?
Tom Buschardt, Medientrainer plus, Köln
Buch: „Workbook, Krisenkommunikation“
- Aktuelle Herausforderungen der Städte und Kommunen aus Sicht des kommunalen Spitzenverbandes.
Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg
- Die bürgerliche Lust am Widerstand: Warum Infrastrukturprojekte scheitern und was wir tun können, damit sie erfolgreich sind?
Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Anmeldung unter:

<https://bildungswerk-bw.de/events/unterreichenbach-21-10-22/>